

## In dieser Ausgabe:

- **Fraktionstag in Uecker-Randow**  
Seite 1/2
- **Sommerfest der Fraktion** Seite 3
- **Meldungen / Leistungsgesetze auf dem Prüfstand** Seite 4
- **Landesrechnungshofbericht / Volksinitiative / Bibliotheken** Seite 5
- **Kita-Tour der CDU-Fraktion** Seite 6

## Funktionalreform kommt

Der Innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Wolf-Dieter Ringguth, hat noch einmal deutlich unterstrichen, dass die Funktionalreform integraler Bestandteil der Verwaltungsreform werde.

„Aktuell befinden wir uns noch deutlich vor dem eigentlichen Gesetzgebungsverfahren. Die Sorge der Fraktion DIE LINKE ist deshalb unbegründet. Kreisgebietsreform und Funktionalreform gehen Hand in Hand! Hinsichtlich der unter Zugrundelegung des vom Landtag beschlossenen Leitbildes vorgeschlagenen zwei Modelle für die Kreisreform können sich die betroffenen Kommunen jetzt äußern. So besteht die Chance, dass diese Äußerungen im Gesetzgebungsverfahren bereits berücksichtigt werden können.“

Die Vorarbeiten für die Funktionalreform stehen auf Ebene der Landesregierung bereits kurz vor dem Abschluss. Die Koalition wird die Funktionalreform so rechtzeitig auf den Weg bringen, dass es ein gemeinsames Verfahren geben kann“, kündigte Wolf-Dieter Ringguth an.

## Impressum

Abo / Abbestellungen sind jederzeit über die E-Mail-Adresse [info@cdu-fraktion.de](mailto:info@cdu-fraktion.de) möglich. Redaktion und V.i.S.d.P. Wolfram Axthelm, Pressesprecher der CDU-Landtagsfraktion, Schloss Schwerin, 19053 Schwerin.

## CDU-Landtagsfraktion und Fraktion der Bürgerplattform im Sejmik der Wojewodschaft Westpommern zum gemeinsamen Fraktionstag im Landkreis Uecker-Randow

Am 15. Juli 2008 waren die Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion gemeinsam mit den Mitgliedern der Fraktion der Bürgerplattform (Platformy Obywatelskiej) im Sejmik der Wojewodschaft Westpommern zu einem Fraktionstag im Landkreis Uecker-Randow.

Bereits am 21. Mai 2007 unterzeichneten beide Fraktionen eine Gemeinsame Erklärung zur künftigen Zusammenarbeit. Mit dem gemeinsamen Fraktionstag im Landkreis Uecker-Randow wurde die Zusammenarbeit vertieft. Im Mittelpunkt stand die Diskussion über die Chancen der beiderseitigen Entwicklung nach dem Beitritt Polens zum Schengen-Bereich. Im Anschluss an Einzeltermine der Arbeitskreise fand eine gemeinsame Fraktionssitzung statt. An dieser nahmen neben dem Vorsitzenden der Fraktion der Bürgerplattform im Sejmik, Geblewicz Olgierd, auch der Vorsitzende des Sejmik, Łuczak Michał, und der Marshall der Wojewodschaft Westpommern, Władysław Husejko,



Fraktionssitzung in Ueckermünde: Dr. Armin Jäger (2.v.l.) begrüßt Vizeministerpräsident Jürgen Seidel (l.) und den Marshall der Wojewodschaft Westpommern Władysław Husejko (r.).  
Foto: R. Cordes

sowie die Landesminister Jürgen Seidel, Henry Tesch und Uta-Maria Kuder teil. Der Tag wurde mit dem Sommerfest der CDU-Landtagsfraktion in Ueckermünde beendet.

Bericht Seite 2

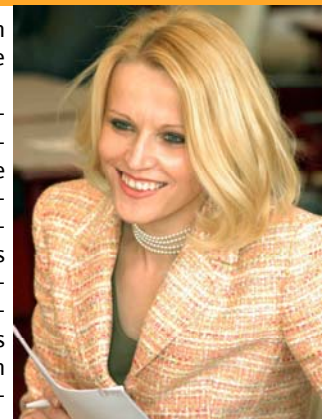
## Beratungsstrukturen gegen häusliche und sexuelle Gewalt nicht übermäßig finanziert

Die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Beate Schlupp, zeigte sich erstaunt über die Kritik des Landesrechnungshofes an der Finanzierung der Opferberatung im Bereich von häuslicher und sexueller Gewalt.

„Die im Haushalt der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten verankerte Opferberatung ist mit 1,76 Mio. Euro im Jahr 2008 und 1,88 Millionen Euro im Jahr 2009 keineswegs übermäßig finanziert. In einem Flächenland ist es wichtig, dass Betroffene ein dichtes Netz von Hilfsangeboten vorfinden. Dies liegt gerade auch im Interesse der meist mittelbar betroffenen Kinder. Bei über 5.800 Betroffenen – 3.277 Frauen und 2.567 Kinder - allein im Jahr 2007 kann von einer Überkapazität nicht die Rede sein!“

Opferschutz und Opferberatung gehören zu den ursächlichen Aufgaben des Staates. Der

Staat muss sich um die Schwächsten kümmern, diesen Schutz gewähren und ihre Rechte durchsetzen. Es ist unerlässlich, dass Beratung wohnortnah zu erreichen ist und dass sie gerade in Gebieten stattfindet, die durch besonders hohe Arbeitslosigkeit und soziale Bedürftigkeit gekennzeichnet sind. Deshalb gibt es das dicht geknüpfte und vom Land unterstützte Beratungsnetz in Mecklenburg-Vorpommern. An diesem werden wir fest-



Beate Schlupp Foto: C. Kettler

## Sorgentelefon Hier hilft die CDU.

Jeden Dienstag 12.00 Uhr bis 14.00 Uhr hilft die CDU-Landtagsabgeordnete Karin Strenz.

0385 - 525 2244

## CDU und Bürgerplattform sind Motor der Zusammenarbeit im Grenzraum

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Dr. Armin Jäger zeigte sich nach dem Fraktionstag der CDU im Landkreis Löcknitz zufrieden mit der Ausgestaltung der politischen Partnerschaft zwischen CDU und polnischer Bürgerplattform.



Gesprächsrunde des Arbeitskreises Bildung im Deutsch-Polnischen Gymnasium Löcknitz.

Die Chancen für eine wirtschaftliche Initialzündung in der Region sind riesig. Von der dynamisch wachsenden Großstadt im Rücken kann die Region Uecker-Randow profitieren. Die Stadt Stettin wiederum kann durch den Landkreis Uecker-Randow als



Dr. Armin Jäger begrüßt die Teilnehmer der gemeinsamen Fraktionssitzung in Ueckermünde.



Der Geschäftsführer der Kommunalgemeinschaft Pomerania, Peter Heise, berichtet über den Stand der kommunalen Zusammenarbeit.



Wirtschaftspolitiker aus Mecklenburg-Vorpommern und Polen informieren sich in der ROMAG Nord GmbH im Technik- und Innovationspark Pasewalk über das Unternehmen. Mit dabei auch der Vorsitzenden der Fraktion der Bürgerplattform im Sejmik, Geblewicz Olgierd (2.v.r.).



Torsten Haasch von der IHK zu Neubrandenburg informiert über wirtschaftliche Verflechtungen in der Grenzregion. Im Podium: Vizeministerpräsident Jürgen Seidel, der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Armin Jäger, Dolmetscher Maciek Jurczak und Marshall Władysław Husejko.



Ein positives Bild zur Sicherheitslage nach der im Dezember 2007 erfolgten Grenzöffnung zog der Chef des Landeskriminalamtes Igmarr Weitemeier (links).

„Das gestrige Treffen von Abgeordneten der Bürgerplattform im Sejmik der Wojewodschaft Westpommern und der CDU im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern war äußerst arbeitsreich. Wir haben eine Reihe zukunftsweisender Projekte im ehemaligen Grenzraum besucht, Erfahrungen ausgetauscht und über neue Ideen gesprochen. Dabei haben wir nicht nur wirtschaftliche, sondern auch über die weitere Ausgestaltung der ganz persönlichen Beziehungen gesprochen.“

Die Überwindung der Sprachbarriere steht hier an erster Stelle. Die deutsch-polnische Gesellschaft leistet mit ihrem Polnischunterricht in Kitas beachtliches. Wir erwarten, dass die Träger der Kitas mutig genug sind, um die Einführung des Polnischunterrichts flächendeckend zu ermöglichen. Sprache ist die entscheidende Voraussetzung für gegenseitiges Verstehen und legt damit den Grundstein für Demokratie und Toleranz.

neuer Wohn-, Erholungs- und Lebensbereich gewinnen. Beide Seiten werden profitieren“, so Dr. Armin Jäger.

„Die CDU und die Bürgerplattform wollen gemeinsam Motor der politischen Integration in der ehemaligen Grenzregion sein. Wir stellen uns der Aufgabe, Deutsche und Polen gemeinsam zu einer erfolgreichen Zukunftsgestaltung zu gewinnen. Wir sind nach dem gestrigen Tag sicher, dass die inhaltliche Arbeit für die Region diesseits und jenseits der ehemaligen EU-Grenze beiden Seiten helfen wird, die Zukunft positiv zu gestalten. Damit unterstreichen wir auch, dass Provokateuren aus den Reihen der NPD, die Ressentiments schüren und Zwist säen, die Stirn geboten wird. Sie werden keine Chance haben, mit ihrer menschenverachtenden Ideologie zum Zuge zu kommen, wenn die Demokraten auf beiden Seiten zusammenhalten“, zeigte sich Dr. Armin Jäger abschließend sicher.



Westpommerns Marshall Władysław Husejko spricht zu den 90 Gästen des Sommerfestes der CDU-Landtagsfraktion im Yachtclub Ueckermünde und unterstreicht die Chancen einer engeren Verzahnung zwischen Deutschen und Polen, die Dr. Armin Jäger und Jürgen Seidel zuvor bereits unterstrichen hatten.

Am Sommerfest der CDU-Landtagsfraktion in Ueckermünde nahmen Kommunalpolitiker, Vertreter aus Wirtschaft, Verwaltung und Medien, Abgeordnete des Sejmik, deutsche Landtags- und Bundestagsabgeordnete sowie die Landesminister Jürgen Seidel und Uta-Maria Kuder teil.

**Impressionen vom Sommerfest der CDU-Landtagsfraktion**



Vizeministerpräsident Jürgen Seidel spricht zu den über 90 Gästen des CDU-Sommerfestes.



Gutes Wetter sorgte für gute Stimmung beim Sommerfest der CDU-Landtagsfraktion.



Nordvorpommerns neuer Landrat Ralf Drescher und Landtagsvizepräsidentin Renate Holznagel.



Stadtpräsident Siegfried Wack, Fraktionssprecher Wolfram Axthelm und CDU-Kreischef Gerd Hamm.



Eine Menge zu tun gab es für das Grillteam vom Yachtclub Ueckermünde.



Justizstaatssekretär Rainer Dopp, JU-Chef Sebastian Ehlers und MdL Werner Kuhn.



Auch der ehemalige Landtagsabgeordnete Friedbert Grams war mit von der Partie.



Justizministerin Uta-Maria Kuder und NDR-Direktorin Elke Haferburg im Gespräch.



Arbeiteten auch am Sommerfest: Wirtschaftsstaatssekretär Stefan Rudolph und MdL Burkhard Lenz.



Eingerahmt von den Wirtschaftsstaatssekretären Rüdiger Möller und Stefan Rudolph fühlte sich Landtagsvizepräsidentin Renate Holznagel sichtlich wohl.



Wirtschaftsstaatssekretär Stefan Rudolph in der Diskussion mit dem Präsidenten der IHK zu Neubrandenburg Manfred Ruprecht .



Harry Glawe und Werner Kuhn (MdL und Präsident des DRK Mecklenburg-Vorpommern diskutieren über die jüngsten familienpolitischen Entlastungen der Großen Koalition in Schwerin.

**Alle Fotos des Fraktionstages: Rainer Cordes, Schwerin**

## Meldungen

### Mehrwertsteuersatz für Hotel- und Gaststättenbereich absenken

Der Finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Mathias Löttge, zeigte sich erfreut über die angekündigte Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion für einen abgesenkten Mehrwertsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe. Damit zeichne sich für eine solche Absenkung erstmals seit Jahren eine Mehrheit im Landtag ab. „Die Tatsache, dass unsere europäischen Nachbarn für das Hotel- und Gaststättengewerbe einen Steuersatz von fünf bis zehn Prozent haben, benachteiligt die Tourismuswirtschaft unseres Landes. Wir sollten im Landtag zügig eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg bringen.“

### Wolfhard Molkentin scheidet aus dem Amt

Der Landrat des Kreises Nordvorpommern, Wolfhard Molkentin, wurde am 18. Juli 2008 in Trinwillershagen aus seinem Amt verabschiedet. Aus den Händen von Bundeskanzlerin Angela Merkel erhielt der Präsident des Landkreistages das Bundesverdienstkreuz am Bande.

Kurz vor seinem Ausscheiden hatte er noch einmal auf die Dringlichkeit einer Verwaltungsreform hingewiesen. Molkentin befürwortete dabei das Kreisgebietsmodell von Innenminister Lorenz Caffier, das sechs oder sieben Landkreise und



Letzter Arbeitstag im Büro: Wolfhard Molkentin, Landrat von Nordvorpommern, wurde am 18. Juli 2008 in den Ruhestand verabschiedet. Foto: C. Kettler

zwei kreisfreie Städte vorsieht. Er forderte in diesem Zusammenhang eine echte Funktionalreform ein, die Verwaltungsaufgaben auf einer möglichst niedrigen Ebene ansiedelt.

### 138 Mio. Euro für Universitätsklinikum Rostock

Der Finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Mathias Löttge, hat die Freigabe von insgesamt 138 Mio. Euro für Baumaßnahmen am Universitätsklinikum der Hansestadt Rostock durch den Finanzausschuss als wichtige Entscheidung zur Zukunftssicherung einer hochwertigen und breit aufgestellten Krankenhauslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern bezeichnet. Noch Anfang August wird der Förderbescheid übergeben. Dann gibt es Planungssicherheit für die Umsetzung des Gesamtbaukonzeptes zur Modernisierung des Klinikums.

## Vergleichende Ist-Analyse zu Leistungsgesetzen ist wichtige Basis für weitere solide Diskussion

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Armin Jäger, hat angesichts aktueller Diskussionen zur Überprüfung von Leistungsgesetzen darauf hingewiesen, dass das Land bis zum Jahr 2011 bei sinkenden Zuweisungen von Europäischer Union und Bund Ausgaben und Einnahmen in Übereinstimmung bringen müsse.

„Die Koalitionspartner hatten vereinbart, alle Leistungsgesetze und Landesprogramme im Hinblick auf die Standards vergleichbarer Länder auf den Prüfstand zu stellen. Diese als Benchmarking bezeichnete vergleichende Analyse bildet die Grundlage für eine politische Diskussion darüber, wo das Land seine Prioritäten setzt. Diese Diskussion müssen wir führen!“

Wir haben mit dem ersten eigenständigen Doppelhaushalt 2008/2009 deutlich gemacht, dass die wichtigste Priorität bei mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit und einem strikten Fokus auf den 1. Arbeitsmarkt liegt. Dazu gehört, dass im Doppelhaushalt insgesamt 20,5 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt sind. Ab August 2008 müssen Eltern nun 80 Euro weniger Elternbeitrag im letzten Kindergartenjahr bezahlen. Zudem wird sichergestellt, dass Kinder nicht ohne warmes Mittagessen

bleiben. Mit beiden Maßnahmen haben wir unsere sozialpolitische Kompetenz unterstrichen.

Wenn wir jetzt in die Diskussion über bestehende Leistungsgesetze und Landesprogramme einsteigen, muss als erstes mehr Sachlichkeit angemahnt werden. Beim Landesblindengeld, welches eine freiwillige zusätzliche Leistung des Landes darstellt, steht Mecklenburg-Vorpommern mit 564,10 Euro an einsamer Spitze in der Bundesrepublik. Hier besteht Handlungsbedarf. Bei der Jagdabgabe, die von den Landkreisen erhoben wird, ist zu prüfen, ob dem Land überhaupt Verwaltungsaufwand entsteht. Dies muss die weitere Diskussion zeigen. Gleiches trifft sicher auch auf die Fischereiabgabe zu.

Auf der Grundlage der vergleichenden Analyse werden wir in der Koalition entscheiden und darüber hinaus beraten, welche Leistungsgesetze ggf. zu verändern sind. Insgesamt gilt es jedoch zu beachten, dass das Land nicht über einen Goldesel verfügt und auch prognostizierte Steuer



Dr. Armin Jäger

Foto: C.

(mehr)einnahmen noch keine realen Einnahmen sind. Dies war bereits eine Grundlage bei der Formulierung des Koalitionsvertrages“, machte Dr. Armin Jäger deutlich.

Abschließend verwies der CDU-Fraktionsvorsitzende auf den finanzpolitischen Rahmen. So verringerten sich die Mittel aus dem Solidaritätspakt II (zurzeit noch 1,1 Mrd. Euro) ab 2009 um jährlich ca. 80 Mio. Euro. Im Jahr 2020 entfallen diese Mittel ganz. Zudem laufe 2013 die aktuelle Förderperiode der EU-Strukturfonds aus. Ab 2014 seien keine nennenswerten Zusatzmittel mehr zu erwarten. Auch die Zusatzgelder vom Bund für Wirtschaftsförderung, Hochschulbau, Verbesserung der Agrarstruktur und den Küstenschutz schmelzen bis 2020 auf das niedrige Niveau der westlichen Länder ab.

## Kreismodelle als Diskussionsgrundlage annehmen

Der Obmann der CDU-Landtagsfraktion für die Enquete-Kommission, Wolf-Dieter Ringguth, hat dazu aufgerufen, die von der Landesregierung vorgelegten Modelle für eine Kreisgebietsreform als Diskussionsgrundlage anzunehmen.

„Die von der Landesregierung vorgelegten Modelle zur Kreisgebietreform sind eine

vernünftige Basis für die weitere Diskussion. Die Kommunen sind jetzt aufgerufen, sich auf Grundlage des vom Landtag beschlossenen Leitbildes an dieser Diskussion zu beteiligen. Wir wollen, dass sich alle Beteiligten äußern. Denn es ist gerade im Vorfeld des Gesetzentwurfes wichtig zu erfahren, ob zum Beispiel vorhandene Verflechtungsbe-

ziehungen im städtischen Umlandbereich als wichtiger angesehen werden als landsmannschaftliche Zugehörigkeiten. Ein möglichst breiter gesellschaftlicher Konsens kann nur zustande kommen, wenn sich die betroffenen Landkreise, Städte und Gemeinden rechtzeitig in den Diskussionsprozess einbringen“, so Ringguth.

## Jahresbericht des Landesrechnungshofes genau analysieren

Der Finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Mathias Löttge, hat angekündigt, dass die Koalition den heute vorgelegten Jahresbericht des Landesrechnungshofes genau analysieren werde.

„Wo Steuergelder zum Einsatz kommen, muss besonders genau hingeschaut werden. Es ist das Verdienst des Landesrechnungshofes, mit seinem Prüfbericht immer wieder den Blick auf die Ausgaben des Landes zu legen. Der Bericht wird jetzt federführend im Finanzausschuss zu beraten sein.“

Die Vorgänge im vom Landesrechnungshof ebenfalls geprüften Landgestüt Redefin sind im Agrarausschuss bereits umfassend beraten und mit dem Füh-

rungswechsel im Landesgestüt wurden zudem bereits erste erforderliche Konsequenzen gezogen. Die Kritik des Landesrechnungshofes an der Unterstützung des Landes für die Beratungslandschaft bei häuslicher und sexueller Gewalt nehmen wir zur Kenntnis. Hier handelt es sich um eine politische Prioritätensetzung zugunsten wohnortnahem Opferschutz und Opferberatung, die es auch künftig in der Breite des Landes geben soll.

Die aufgelisteten Einzelfälle von Steuerverschwendung zeigen, dass es immer noch erhebliche Effizienzreserven beim Umgang mit Steuergeldern gibt. Der Landesrechnungshof trägt dazu bei, diese offenzulegen und für die Zukunft zu berücksichtigen“, so Mathias Löttge abschließend.

## Umgang mit Volksinitiative entspricht dem Gesetz



Wolfgang Waldmüller

Foto: R. Cordes

Der Wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Wolfgang Waldmüller, hat deutlich gemacht, dass die Regierungskoalition gesetzeskonform mit der Volksinitiative zum geplanten Steinkohlekraftwerk Lubmin umgeht.

„§ 9 des Gesetzes zur Ausführung von Initiativen aus dem Volk, Volksbegehren und Volksentscheid in Mecklenburg-Vorpommern sieht vor, dass in dem mit der Volksinitiative federführend befassten Ausschuss des Landtages **einem** Vertreter des Antragstellers das Recht zusteht, das Volksbegehren zu erläutern.“

Der Wirtschaftsausschuss hat beschlossen, dass sogar **drei** Vertreter der Volksinitiative diese erläutern können. Es ist deshalb schon mehr als ungewöhnlich, dass DIE LINKE gegen diese Vorgehensweise des Wirtschaftsausschusses polemisiert.

Hier geht es um eine Volksinitiative, nicht um eine Anhörung zu einem Gesetz oder eine Anhörung im Rahmen der Selbstbefassung. Wir richten uns dabei ganz klar nach dem für Volksinitiativen gültigen Gesetz. Alle gegenteiligen Behauptungen der Fraktion DIE LINKE sind falsch“, so Wolfgang Waldmüller.

## LINKE weckt falsche Erwartungen – Anhörung zu Bibliotheken vernünftig auswerten



Marc Reinhardt

Foto: C. Kettler

Der Bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Marc Reinhardt, hat der Fraktion DIE LINKE vorgeworfen, in Sachen Bibliotheksgesetz völlig überzogene Erwartungen zu wecken. Gleichzeitig kritisierte er, dass DIE LINKE der auswertenden Diskussion zur heutigen Anhörung vorgegreife und damit den Ausschuss düpiere.

„Wenn DIE LINKE unmittelbar nach Ende der Anhörung zur Entwicklung der Bibliotheken, also ohne jede vertiefende Diskussion, schon wieder via Pressemitteilung ein Fazit zieht, düpirt sie damit die Parlamentsarbeit. Wer so agiert will keine ehrliche Beratung im Ausschuss, sondern ist allein an einer öffentlichkeitswirksamen Stimmungsmache interessiert“, so Marc Reinhardt.

„Es hat sich heute gezeigt, dass die Zahl der Entleihungen aus den Bibliotheken kontinuierlich steigt. Diese positive Entwicklung blendet DIE LINKE völlig aus und redet stattdessen von einer unheilvollen Entwicklung. Unheilvoll ist allein DIE LINKE! Angesichts eines innerhalb der zurückliegenden 15 Jahre völlig veränderten Medienkonsumverhaltens ist nicht die Zahl der Bibliotheken ausschlaggebend, sondern die Erreichbarkeit für den potentiellen Nutzer. Hier kann noch mehr getan werden, um die virtuelle Bibliothek voranzubringen. Wie dies am sinnvollsten geschehen kann, müssen wir jedoch im Rahmen der Auswertung beraten.“

In Sachen Bibliotheksgesetz weckt DIE LINKE bewusst falsche und



Die neu gebaute Universitätsbibliothek der Hansestadt Greifswald.

völlig überzogene Erwartungen. Ein solches Gesetz – welches wir für überflüssig erachten – sichert keineswegs per se die Finanzierung der öffentlichen Bibliotheken. Dies hat auch der Vertreter Thüringens in der Anhörung deutlich gemacht. Zugleich ist zu unterstreichen, dass die Situation in den einzelnen Bundesländern so unterschiedlich ist, dass Vergleiche nicht möglich sind.

Auch wenn DIE LINKE nur Minuten nach der Anhörung schon alles weiß und auf jede Herausforderung eine Antwort hat, wollen wir eine solide und ehrliche Diskussion im Ausschuss. Die Bibliotheken im Land stehen Dank Unterstützung der Kommunen und engagierter Mitarbeiter sehr gut da. Niemand muss gerade angesichts gestiegener Entleihzahlen den Kopf in den Sand stecken. Wir sollten stattdessen positiv an der Zukunftssicherung mitwirken“ appellierte Marc Reinhardt.

## CDU informiert sich über Kinderbetreuung - Besuch von 24 Kitas

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Harry Glawe, teilte heute mit, dass die CDU-Fraktion am kommenden Montag eine Informationstour zur Kinderbetreuung startet. Innerhalb von 8 Tagen würden 24 Kindertagesstätten unterschiedlichster Träger im ganzen Land besucht. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion wird bei seiner Tour von den jeweiligen Wahlkreisabgeordneten und politisch Verantwortlichen vor Ort begleitet. „Der auf unsere Initiative vereinbarte „Pakt für Familie und Kinder“ bildet den Ausgangspunkt, um Mecklenburg-Vorpommern zu einem der familienfreundlichsten Länder in Deutschland zu entwickeln. Wichtiger Baustein hierbei war die schrittweise Entlastung der Eltern von den Kosten der Kindertagesbetreuung. Im Doppelhaushalt 2008/2009 stellte die Koalition hierfür insgesamt 20,5 Mio. Euro bereit. Damit werden die Elternbeiträge am 1. September 2008 im letzten Kindergartenjahr um 80 € für einen Ganztagsplatz, 48 € für einen Teilzeitplatz und 32 € für einen Halbtagsplatz abgesenkt. Zudem wird es ein kostenfreies Mittagessen für Kinder aus sozi-

al schwachen Familien geben. Beides sind spürbare Entlastungen, mit denen das Land jungen Eltern hilft.

Ein zweiter wichtiger Aspekt der neuen Familienpolitik der Großen Koalition ist die Stärkung des Bildungsauftrages der Kindertagesstätten. Hierzu haben wir bereits Initiativen zur Verbesserung der Ausbildung der Erzieherinnen angeschoben. Daneben beginnt die Arbeit an einer integrativen Bildungskonzeption, die das Ziel ‚Bildung von Anfang an‘ umsetzen wird. Außerdem stellt das Land zusätzlich 11 Millionen Euro für die vorschulische Bildung bereit.

In den kommenden zwei Wochen wollen wir uns vor Ort ein Bild über die Situation der Kinderbetreuung in Mecklenburg-Vorpommern machen und zugleich über die aktuellen Entscheidungen der Landespolitik informieren“, kündigte Harry Glawe an.



Harry Glawe und Dr. Armin Jäger in der Kita „Löwenzahn“ in Schwerin. Foto: R. Cordes

## Essenszuschuss soll zu Entlastung der Eltern führen

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Harry Glawe, hat nach Presseberichten zur Frage des Essenszuschusses angekündigt, im Rahmen seiner Informationstour durch 24 Kindergärten kurzfristig auch das Landesamt für Gesundheit und Soziales zu besuchen.

„Die Kritik in den Medien ist für mich nicht nachvollziehbar. Deshalb werde ich mich aus erster Hand über das Antragsverfahren informieren. Wir waren uns in der Koalition einig, dass dieses Verfahren unbürokratisch sein muss. Gleichzeitig ist jedoch klar, dass es auch nachprüfbar sein soll, denn schließlich geht es hier um Steuergelder, und deren Verwendung kann am Ende auch der Landesrechnungshof unter die Lupe nehmen.“ Der CDU-Landtagsabgeordnete wies die Kritik der Fraktion DIE LINKE zurück, nach welcher die entsprechende Richtlinie nicht allen Trägern bekannt sei. „Die Richtlinie ist bekannt und öffentlich“, so Harry Glawe. „Für mich steht aber auch fest, dass das Land nicht zulassen wird, dass die Caterer einfach die Preise anheben, um an das zusätzliche Geld des Landes zu kommen. Wo Preisanhebungen drohen, muss neu ausgeschrieben werden“, mahnte der CDU-Politiker.

„Zudem sind die örtlichen Träger der Jugendhilfe in der Verantwortung. § 21 Absatz 6 des Kindertagesstättenförderungsgesetz von 2004 legt fest, dass der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Übernahme des Elternbeitrages einschließlich der Verpflegungskosten abzüglich der häuslichen Ersparnis verpflichtet ist. Nach einem von der Landesregierung in Auftrag gegebenen und dem Sozialministerium vorliegenden Gutachten beträgt diese so genannte häusliche Ersparnis in Mecklenburg-Vorpommern 1,00 Euro. Die im Land bisher vorhandene breite Spreizung von 1,28 Euro bis 2,20 Euro müssen die Träger der Jugendhilfe erklären. Das Land gewährt am 1. August 2008 einen Zuschuss von 1,50 Euro und damit 0,50 Euro mehr als nach dem Gutachten erforderlich. Somit sind eventuelle Preissteigerungen auf jeden Fall erfasst“, machte Harry Glawe deutlich“, kritisierte Harry Glawe mit Blick auf Landkreise und kreisfreie Städte als Träger der Jugendhilfe.

## Die Tourdaten auf einen Blick

### 21. Juli 2008

**8.30 Uhr**, Greifswald, Kindertagesstätte "Makarenko"  
**11.00 Uhr**, Lubmin, Kneipp-Kindertagesstätte  
**14.00 Uhr**, Wolgast, Integrative Kita "Anne Frank"

### 22. Juli 2008

**10.00 Uhr**, Hagenow, Katholische Kita "St. Elisabeth"  
**13.30 Uhr**, Neustadt-Glewe, Kita "Kinderland"  
**15.30 Uhr**, Ludwigslust, Evang. Kita "Alexandrinienstift"

### 23. Juli 2008

**9.00 Uhr**, Schwerin, Kita "Löwenzahn"  
**11.00 Uhr**, Grevesmühlen, Kindergarten "Sonnenschein"  
**14.00 Uhr**, Wismar, Kindertagesstätte "Neustadt"

### 24. Juli 2008

**8.30 Uhr**, Laage, Kindertagesstätte "Knirpsenland"  
**10.30 Uhr**, Teterow, Kindertagesstätte "Nordlichter"  
**13.00 Uhr**, Güstrow, Integrative Kita "Sonnenkinder"

### 28. Juli 2008

**9.00 Uhr**, Rostock, Integrative Kindertagesstätte  
**11.30 Uhr**, Rostock, In. Kita "Benjamin Blümchen"  
**14.30 Uhr**, Rostock, Kindertagesstätte "Spatzennest"

### 29. Juli 2008

**9.00 Uhr**, Stralsund, Integrative Kita "Spielkiste"  
**12.30 Uhr**, Bergen, Kindergarten "Clara Zetkin"  
**15.00 Uhr**, Putbus, Evangelische Kita Putbus

### 30. Juli 2008

**9.00 Uhr**, Ribnitz-Damgarten, In. Kita "Boddenkieker"  
**10.30 Uhr**, Velgast, Kindertagesstätte des DRK  
**14.00 Uhr**, Süderholz, Kindertagesstätte "Hummelnest"

### 31. Juli 2008

**9.00 Uhr**, Ueckermünde, Kindertagesstätte "Stadtmitte"  
**11.00 Uhr**, Torgelow, Kindertagesstätte "Zwergenland" + Mehrgenerationenhaus  
**14.00 Uhr**, Eichhof, Integrative Kita "Spatzennest"